

Studentenschaft der TH Darmstadt, Hochschulstraße 1

┌

┐

└

┘

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen: s/a

6100 Darmstadt, den 2.5.83

Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Anbei senden wir Ihnen eine Pressemitteilung der Landesastatenkonferenz mit der Bitte um Veröffentlichung. Weiterhin liegt diesem Schreiben eine Kopie der Initiative "Für Chancengleichheit im Bildungswesen - Gegen Bafög-Kahlschlag und Studiengebühren" bei.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Arndt

Landesastensprecher

Anlagen

An die SPD richteten die ASTen den Appell, nicht dem Beispiel des "Schwierplanes" in Nordrheinwestfalen zu folgen und Studienmöglichkeiten einzuschränken. Bestandteil eines Hochschulhaushaltes müsse ein Überlastprogramm sein, daß zusätzliche Gelder für studentische Hilfskräfte, wissenschaftliche Mitarbeiter und Sachmittel enthalte. Besonderes Augenmerk müsse dabei auch ^{auf} dem weiteren Ausbau der Gesamthochschule Kassel liegen.

Für Landes-Bafög und offene Hochschulen

Auf ihrer letzten Sitzung in Gießen beschloß die Landesastenkonzferenz (Zusammenschluß der hessischen allgemeinen Studentenausschüsse) die Initiative "Für Chancengleichheit im Bildungswesen - Gegen Bafög-Kahlschlag und Studiengebühren" zu unterstützen. Besonderen Nachdruck legte die LAK auf die Forderung dieser von der FH Fulda ausgehenden Initiative nach einer hessischen Ausbildungsförderung. Landesastensprecher Uwe Arndt erklärte: "Die hessischen Landespolitiker insbesondere der SPD dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung stehlen und müssen eine Ausbildungsförderung für Schüler, Studenten und den zweiten Bildungsweg mindestens im alten Rahmen schaffen". Dies bedeute, wenn der Bundestag die Bafög-Beschlüsse nicht aufhebt, daß Mittel über die bereits schon im hessischen Haushalt vorhandenen bereit gestellt werden müßten, um den Ausfall von Bundesmitteln abzudecken.

Im weiteren Verlauf ihrer Sitzung beschäftigte sich die LAK mit den Vorhaben des Frankfurter Universitätspräsidenten Kelm. Einheitsig wurde die Weigerung neue Studenten aufzunehmen als allzu offensichtliches Wahlkampfmanöver zugunsten der CDU verurteilt. Besonders erschreckend sei dabei, daß hier Studenten gegen Studierwillige ausgespielt werden sollten. Arndt erklärte hierzu: "Von einer CDU-Regierung ist nur eins zu erwarten, erhebliche Einschränkungen sowohl für Studenten, als auch Abiturienten". Die Maßnahmen, Bafög-Kürzungen, Hochschulschließungen in Baden-Württemberg und die Pläne zur Einführung von Studiengebühren belegten dies.

Deshalb forderte die LAK die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen auf in Verhandlungen zu treten und in weiteren Teilbereichen, besonders im Hochschulbereich, zu einer Einigung zu kommen.